

Sozialismus reloaded: Wahrscheinlich ohne Schießen, aber wieder menschenverachtend

Wenn der Sozialismus zurückkommt, dann kommt er in einem anderen Gewand. Er kommt dann nicht mehr mit Mauer und Schießbefehl daher oder - hoffentlich! - nicht mit Zwangsadoptionen, aber schon bei den Berufsverboten bin ich mir nicht mehr sicher, wenn Sie daran denken, dass auch heute im besten Deutschland blablabla... willfährige Gutmenschen mit Screenshots missliebige Parteiaktivisten - vornehmlich der AfD - bei Arbeitgebern und Kunden anschwärzen, dass die Partei kaum noch Veranstaltungsräumlichkeiten anmieten kann, weil politische Konkurrenten mit ihren administrativen Möglichkeiten zur Verhinderung einschreiten. Wird das dann - wie meistens - von den Gerichten kassiert und die Veranstaltung zugelassen, dann beginnt Plan B. SA-ähnliche linke antifa-Sturmtruppen bedrohen dann Vermieter, Familienangehörige und Mitarbeiter so lange auch mit Gewalt, bis die aufgeben.

Letztens habe ich in Frankfurt Hans Joachim Mendig kennengelernt. Hans Joachim Mendig? Erinnern Sie sich? Ab 2015 war er oberster Filmförderer in Hessen, ein sympathischer und umtriebiger Mann vom Fach. An einem sonnigen Juli-Tag 2019 folgte Mendig einer Einladung des bekannten Medienunternehmers Moritz Hunzinger in Frankfurt zum Mittagessen. Moritz Hunzinger lädt oft Gäste zu diesem Italiener in der City ein. Auch ich hatte schon das wirkliche Vergnügen mit Hunzinger dort zu plaudern. Von der AfD war keiner dabei, aber ich weiß noch, dass das Vitello Tonnato phantastisch ist dort. An diesem Tag im Juli 2019 aber hatte der Gastgeber noch einen weiteren Gast mitgebracht - den Europaabgeordneten Prof. Jörg Meuthen. Und der ist bekanntermaßen von der ganz bösen, bösen AfD.

An diesem Tag, es war genau der 24. Juli, wurde kein Staatsstreich geplant, wurden keine rechtsradikalen Heftchen unter dem Tisch ausgetauscht oder Schlimmeres. Die drei aßen einfach zusammen zu Mittag. Ein bekannter PR-Mann, ein Abgeordneter der wichtigsten weil größten Oppositionspartei in Deutschland, und ein angesehener Filmförderer.

Kein großes Ding, werden Sie jetzt denken. Aber es wurde eins. Denn Meuthen postete anschließend ein Selfie von der kleinen Runde mit dem überaus verdächtigen Text *„Sehr angeregter und konstruktiver politischer Gedankenaustausch.“*

Und das war's. Die abgetakelte Linksaußenpostille *Frankfurter Rundschau* erfuhr von dem Foto, die Grünen assistierten, und der Aufsichtsrat der *HessenFilm und Medien GmbH* unter Vorsitz der hessischen Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne) vollstreckte die Hinrichtung und schmiß Mendig raus.

Der Mann muss nun klagen, damit er nach einem arbeitsreichen Leben wenigstens noch das ihm zustehende Gehalt ausbezahlt bekommt. Und die „Kampf-gegen-rechts“-Industrie kann wieder eine Kerbe ins Holzregal schnitzen, wo die vernichteten Existenzen politischer Gegner als revolutionäre Devotionalen aufbewahrt werden. Ist der Vergleich des heutigen Deutschlands mit der Endzeit der DDR wirklich so abwegig? O.K., es gibt noch eine Menge Bananen in unseren Märkten zu kaufen, aber wollten wir deshalb auch eine Bananenrepublik sein? Vor einem halben Jahr hätte ich den Vergleich noch empört

zurückgewiesen. Aber es scheint so, als befände sich unser deutsches Narrenschiff in ganz üblem Fahrwasser.

Beim verabschieden wünschte ich Mendig noch viel Glück für seinen Prozess und frage: „Was genau wirft man Ihnen eigentlich vor, um die Kündigung zu begründen?“ Er antwortet: „Ich habe Nudeln gegessen...“ und geht.

Existenzen werden vernichtet, Hunderte Millionen Euro Ihrer und meiner Steuergelder werden jährlich umgeleitet in linke und linksextreme Netzwerke, Stiftungen, Initiativen und sogar Firmen. Die Themen sind bunt und vielfältig. Es geht ums Klima, um Corona, Black-Lives-Matter, den Kampf gegen rechts, die Legalisierung von Drogen, die Homo-Lobby, Gender-Lehrstühle und sexuelle Vielfalt in der Kita. Und die verbindende rote Linie von allem ist: Sie wollen an unsere Kohle, um damit noch einmal einen Anlauf für das große gescheiterte Gesellschaftsexperiment aller Zeiten zu nehmen: den Sozialismus.

Sie wollen keine Leistung, keine Anforderungen für mehr Wohlstand, sie wollen nivellieren auf unterem Niveau. Sie wollen gleich machen und Individualität größtmöglich einschränken. Sie wollen gleiches Gehalt ohne Arbeit. Sie wollen nicht, dass wir uns ein Einfamilienhaus fleißig erarbeiten, sie wollen nicht, dass wir allein mit dem Auto fahren, sie wollen nicht, dass Frauen auch gern Mütter sein dürfen und ihre Kinder den Erfordernissen des staatlich gewünschten Produktionsprozesses nachgeordnet werden. Sie wollen auch kein Recht und keine Ordnung - außer sie können es selbst zur Unterdrückung abweichender Meinungen und Lebensmodelle nutzen.

Lesen Sie Huxley und Orwell, ich bitte Sie inständig! Da steht alles drin, was Sie wissen müssen, um zu verstehen, was hier gerade passiert.

Was ist los mit den Deutschen? Was ist los mit uns? Wie können wir als Bevölkerung auch nur im betrunkenen Zustand oder unter Drogen ernsthaft erwägen, dass Robert Habeck, Annalena Bearbock und Susanne-Henning Wellsow demnächst die Geschicke unseres Landes verantworten? Haben Sie mal fünf Minuten zugehört, was diese Leute in Fernsehtalkshows daherreden? Haben Sie mal einen Blick in das Wahlprogramm der Grün_*Innen geworfen? Das ist Splatter-Movie als Parteiprogramm, der reine Horror. Aber das sind ja so nette Leute, die dann ins Kanzleramt mit dem Fahrrad radeln und vegane Küche bevorzugen gegenüber den Gewohnheiten von uns Grillwurst-Plebs...

Eigentlich wollte ich hier heute noch etwas über das System Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk schreiben, aber ich merke, dass der Text zu lang wird, hole das in Kürze nach. Und beschäftige mich dann nicht mit dem Programm, nicht mit den Wills, Slomkas und Klebers, ihren Gehältern und ihren GenderGaga-Moderationen, nicht einmal mit der linksgrünen Dauerberieselung ihrer zunehmend überalterten Zuschauerschaft. Sondern mit Geldverschwendung bei Produktionen und Luxus-Immobilien, Mobbing gegenüber Kollegen, die nicht mitspielen wollen, und die gruselige Macht der Personalräte in den Staatssendeanstalten. Auch dieses System passt genau ins sozialistische Winter-Wonderland, das Deutschland und uns allen droht.

Passen Sie bloß auf! Es kann noch viel schlimmer werden für uns alle.

Im System der modernen ökosozialistischen „Reeducation“ einer ganzen Bevölkerung spielt der zwangsgebührenfinanzierte Staatsrundfunk eine herausragende Rolle. Um deren Funktion zu verstehen und herauszufinden, welche Personen wirklich wichtig sind, und wo man die Kostenstellen entecken kann, von denen aus Milliarden sinnfrei verballert werden, bedarf es intensiver Arbeit, kluger Köpfe, die sich durch den öffentlich-rechtlichen Dschungel kämpfen und dann aufklären. Und das geht nicht ehrenamtlich, das kostet Geld für Recherchen und richtigen Rechercheure.

Blogs wie dieser sind wichtig, damit sich die Bürger unabhängig informieren können auch über solche Themen. Bitte unterstützen Sie unsere journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Das Neue Deutschland ist jetzt nicht mehr nötig

Wenn Sie die aktuelle Berichterstattung des Fernsehsenders *n-tv* oder der einst bürgerlich-konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) über die Bundestagskandidatur des früheren Verfassungsschutzchefs Hans Georg Maaßen in Thüringen lesen, dann wissen Sie, dass es keiner sozialistischen Staatspresse à la DDR mehr bedarf. Diese Form von Manipulation und, ja, Hetze, erledigen wir in diesem Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, ganz allein.

9. November - dran gedacht?

Haben Sie daran gedacht, dass heute der 9. November ist? Der Tag vor 31 Jahren, an dem die Mauer fiel und der Weg frei wurde zur Einheit unseres Vaterlandes. Und an den 9. November 1938 die sogenannte „Reichskristallnacht“, an der die Nazi-Schergen überall in Deutschland organisiert jüdische Geschäfte und Juden überhaupt mit brutaler Gewalt angriffen?

Der 9. November ist einer der wichtigsten Gedenktage in der Geschichte Deutschlands, weil er die dunkelste und die hellste Seite dieses Landes, verbunden in einem gemeinsamen Datum, in Erinnerung ruft.

Heute sollte überall in den Schulen über diesen Tag gesprochen werden und die Medien sollten voller Dokumentationen sein. Haben Sie den Eindruck, dass das geschehen ist?

GASTSPIEL VERA LENGSELD: Wie die SED zum Sieger der Geschichte wurde

Nichts illustriert das deutsche Dilemma am 30. Jahrestag der Vereinigung besser, als die Politposse, die von SPD, Grünen und SED-Linken in Dresden inszeniert wurde. Anlass war die Einladung des sächsischen Landtagspräsidenten Matthias Rößler (CDU) an Arnold Vaatz, Bürgerrechtler, CDU-Politiker und Merkel-Kritiker, am 3. Oktober im Sächsischen Landtag die Festrede zu halten. Nun sollte man meinen, ein Mann, der stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion ist und auch noch im Vorstand der Bundes-CDU, sollte ein Redner sein, gegen den besonders die Koalitionspartner der CDU in Sachsen nichts einzuwenden hätten. Oder wenn doch, dann aus Koalitionsdisziplin keine öffentlichen Proteste anmelden. Das Gegenteil war der Fall. Indem sich SPD und Grüne dem Linke-Protest gegen Arnold Vaatz nicht nur anschlossen, sondern auch noch den Boykott der Veranstaltung verkündeten, haben sie eine Staatskrise heraufbeschworen, die nur mühsam unter dem Deckel gehalten werden kann. Arnold Vaatz gehörte in der Friedlichen Revolution zu den Führungsfiguren des Dresdener Widerstands gegen das SED-Regime. Er war ein Mitglied der Gruppe der 20, die auf dem Höhepunkt der Proteste, als zehntausende Menschen auf den Straßen waren, bestimmt wurde, um mit dem damaligen Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer über ein Ende der Gewalt gegen die Demonstranten zu verhandeln. Ausgerechnet ein ausgewiesener Bürgerrechtler soll nicht über 30 Jahre deutsche Vereinigung reden dürfen? Was ist da schief gelaufen?

Wenn man die Zustände im heutigen Deutschland verstehen will, muss man analysieren, welche Fehler die Bürgerrechtler auf dem Weg in die deutsche Einheit gemacht haben.

Der größte Fehler war, die SED, herrschende Partei in der DDR und verantwortlich für das wirtschaftliche Debakel, die horrende Umweltverschmutzung, die alltägliche Diktatur und die Verfolgung politisch Andersdenkender nicht zu verbieten. Oder wenigstens zu enteignen. Spätestens nachdem es dem damals noch ziemlich unbekanntem Genossen Gregor Gysi auf dem letzten Parteitag der SED im Dezember 1989 in Berlin gelungen war, die von der Mehrzahl der Delegierten geplante Auflösung der Partei zu verhindern, mit dem Hauptargument, bei einer Auflösung würden das Vermögen und die Parteistrukturen verlustig gehen, hätten die Bürgerrechtler, die mit der SED, vertreten durch Gysi, am Runden Tisch saßen und die letzten Tage der SED-Herrschaft absicherten, aktiv werden müssen. Warum wir das damals nicht taten, ist im Nachhinein kaum verständlich. Aber einerseits hatte die SED vor aller Augen so rapide an Ansehen verloren, dass wir glaubten, von dieser Partei würde kein Hund mehr einen Knochen nehmen, uns fehlten auch die Finanzexperten, die uns darüber aufgeklärt hätten, wie wichtig die Frage des Parteivermögens ist, auch wenn sich erst nach der Vereinigung herausstellte, dass der SED praktisch die ganze DDR gehörte.

Die großen Erfolge der SED/Linken

Der Bundestagsuntersuchungsausschuss „Verschwundenes DDR-Vermögen“ recherchierte in der zweiten Legislaturperiode nach der Vereinigung (1994-1998) 24 Milliarden DM hinterher, ohne größere Erfolge. Auch als Gysi, der neue Vorsitzende der SED, die kurze Zeit einen Doppelnamen, SED-PDS trug, als erste Amtshandlung eine Arbeitsgruppe zur Sicherung des Parteivermögens gründete, wurden wir nicht aktiv. Der SED-PDS blieben ihr Riesenvermögen und ihr Propagandaapparat voll erhalten. Beides setzte sie sehr effizient ein, um Sand ins Getriebe der Vereinigung und des Wiederaufbaus der Neuen Länder zu werfen.

Vor allem gelang es ihr, den verlogenen Antifaschismus der DDR, der sehr erfolgreich den Blick auf die SED-Diktatur verstellt hatte, ins vereinte Deutschland zu retten. Verlieh der erste Versuch, eine Großdemonstration gegen die „rechte Gefahr“ im Dezember 1989, nachdem antisowjetische Schmierereien am Treptower Ehrenmal für die gefallenen Sowjetsoldaten aufgetaucht waren, noch ziemlich erfolglos, wirkte die permanente Propaganda, Deutschland drifte nach rechts und würde wieder zur Gefahr für den Frieden erfolgreich. Richtig wirksam wurde sie, als die Behauptung von CDU-Politikern aufgegriffen wurde. So publizierte der heute vergessene CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger 1994 ein Buch mit dem Titel „Deutschland driftet“, in der er die These vom angeblichen Abgleiten des Landes nach rechts aufgriff. Damit hatte der Antifaschismus einen Fuß in die Union gesetzt. Es dauerte zwar noch mehr als zwei Jahrzehnte, ehe er die Partei okkupiert hatte, aber die Kontaminierung der bürgerlichen Mitte mit linksradikalem Gedankengut hatte damit begonnen. Heute traut sich kaum noch ein Unions-Mitglied, der antifaschistischen Doktrin zu widersprechen. Als Kanzlerin Merkel verfügte, die Wahl eines FDP-Politikers zum Thüringer Ministerpräsidenten müsse rückgängig gemacht werden, stieß das auf keinen nennenswerten Widerstand. Heute sichert die CDU im Thüringer Landtag die Mehrheit für die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ab und nennt das „konstruktive Opposition“. Es gab keinen Aufschrei, weder innerparteilich, noch außerhalb, dass das ehemalige Erfolgsmodell Union, das die Demokratie und den Rechtsstaat der alten Bundesrepublik und nach der Vereinigung bis 1998 abgesichert hat, nun zur Wasserträgerin der umbenannten SED umfunktioniert wurde.

Der „antifaschistische Schutzwall“

In den 90er Jahren lief die SED-PDS-Propaganda auf Hochtouren. Die Begriffe „Abbau Ost“, „Kolonialisierung“, „Bürger zweiter Klasse“ wurden von den Politikern der demokratischen Parteien übernommen und damit das Zerrbild, das die SED-PDS vom Vereinigungsprozess zeichnete. Es gelang ihr, vom wirtschaftlichen Bankrott des SED-Staates abzulenken, indem sie den flächendeckenden Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft den Fehlern des Vereinigungsprozesses zuschob. Damit war sie so erfolgreich, weil der Entschluss, die maroden Betriebe durch Subventionen am Leben zu halten, statt sie sofort zusammenbrechen zu lassen, Wasser auf die Propagandamühlen der SED-PDS war. Es wurde auch kaum klar gestellt, dass die Ostdeutschen nicht nach der Vereinigung, sondern im SED-Staat Bürger zweiter Klasse gewesen waren, ohne Pass, ohne das Recht, reisen zu können, wohin sie wollten, gegängelt von der Wiege bis zur Bahre.

Das Ergebnis der Negativ-Propaganda war, dass sich spätestens in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, etwas herausgebildet hat, was es zu DDR-Zeiten nie gab: Eine Ostidentität. Diese skurile Erscheinung

wurde dann von den Medien, besonders den öffentlich-rechtlichen eifrig gefördert, mit Ostalgie-Shows und Sendungen, die emsig nach Belegen für diese Ostidentität suchten. Natürlich fanden sich jede Menge Angehörige der ehemals herrschenden Klasse, die nur allzu gern die gewünschten Sätze in die Kameras sagten. Heute fühlen sich selbst nach 1990 geborene als „Ossis“, nicht als Deutsche.

Die Rolle der Medien bei der Etablierung der SED-PDS als gewichtige politische Kraft im vereinigten Deutschland ist kaum untersucht worden. Mir ist nur eine Studie aus den 90er Jahren bekannt, die von der Universität Freiburg erstellt wurde. Das Resümee dieser Studie war, dass, obwohl es die SED-PDS in den neuen Ländern auf höchstens 20 Prozent der Wählerstimmen brachte, die Berichterstattung über diese Partei 80 Prozent ausmachte.

Dagegen wurden Bürgerrechtlerstimmen kaum noch gehört. Warum?

Das hat mit der Rolle der westdeutschen Linken zu tun, die immer meinte, dass die DDR der bessere deutsche Staat sei, weil sie ihn selbst nicht aushalten musste. Den Zusammenbruch des SED-Staates hat dieser Teil der Linken den Bürgerrechtlern sehr übel genommen. Entsprechend groß war der Hass.

Schon in den 90er Jahren waren die Medien überwiegend links. Das hatte Auswirkungen. Die SED-PDS wurde als die wahre linke Partei angesehen, die es zu fördern galt. Jahrzehntlang war Gregor Gysi fester Bestandteil der Talkshows. Kein Politiker war so oft vertreten, wie der clevere Vorsitzende der umbenannten SED. Mehr noch, Gysi konnte sich seine Kontrahenten, mit denen er diskutieren würde, aussuchen. Er hatte eine Art schwarze Liste, auf der Bärbel Bohley, Arnold Vaatz, Angelika Barbe, Hubertus Knabe und auch ich standen. Wenn einer von uns eingeladen worden war, wurde er nach der Intervention von Gysi wieder ausgeladen. Ich habe nie erlebt, dass ein Sender Gysis Forderungen nicht erfüllt hätte.

‘Antifaschistische Trickkiste‘

Lange Zeit war die Union die einzige verlässliche Kämpferin gegen die SED-PDS. Die Sozialdemokraten waren schon 1994 bereit, die Partei an der Macht in Sachsen-Anhalt zu beteiligen, wenn auch vorerst nur in Form einer „Tolerierung“. Heute toleriert die CDU im Thüringer Landtag die Minderheitsregierung unter Führung der SED-Linken. Die Wahl von Ministerpräsident Bodo Ramelow wurde durch die direkte Intervention von Kanzlerin Merkel ermöglicht, die aus dem fernen Südafrika verfügte, die Wahl des FDP-Ministerpräsidenten Kemmerich müsse rückgängig gemacht werden.

Bodo Ramelow selbst und sein Kanzleichef Benjamin Hoff griffen tief in die antifaschistische Trickkiste, um die Wahl von Kemmerich zu diskreditieren. Ramelow veröffentlichte auf Twitter zwei Fotos, das eine zeigte Hitler und Hindenburg beim Handschlag, das zweite die Gratulation von Björn Höcke für den frisch gewählten Ministerpräsidenten. Er zog damit eine direkte Parallele. Sein Kanzleichef Hoff war sich nicht zu schade, „Millionen“(!) Tote von Buchenwald zu instrumentalisieren, um die Wahl Kemmerichs zu diskreditieren. Die Botschaft wurde gehört.

Ein antifaschistischer Mob begann umgehend, die Familie von Kemmerich unter Druck zu setzen. Frau Kemmerich wurde, als sie ihre Tochter zur Schule brachte, auf offener Straße bespuckt. Die historischen

Parallelen zu den finstersten Zeiten Deutschlands muss man nicht ziehen, sie springen ins Auge.

Das heißt, die entscheidenden Lehren aus zwei deutschen Diktaturen sind offensichtlich nicht gezogen worden: Entscheidend für die Errichtung und Aufrechterhaltung totalitärer Systeme sind die Methoden, die sich gleichen, egal unter welchen Vorzeichen sich ein System entwickelt hat: Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen, Entwicklung einer Herrschaftssprache.

Wer heute etwa auf Twitter feiert, dass für unliebsam erklärte Mitglieder der Gesellschaft im Restaurant nicht bedient werden, keine Hotelübernachtung bekommen, Versammlungen nicht abhalten können, weil ihnen keine Räume vermietet werden, wer denkt, dass sie es verdient haben, auf der Straße bepöbelt, bespuckt oder sogar geschlagen zu werden, dass ihre Büros demoliert, ihre Autos angezündet werden, bewegt sich in den gefährlichen totalitären Denkmustern, die Deutschland im letzten Jahrhundert an den Abgrund gebracht haben.

‘Reiche erschießen‘

Die SED-Linke zählt heute zu den demokratischen Parteien, obwohl sie nach wie vor in ihrem Parteiprogramm den Systemwechsel, also die Überwindung der Demokratie, als Ziel verankert hat. Auf der jüngsten Strategiekonferenz der Partei wurde von einer Teilnehmerin gefordert, „Reiche“ zu erschießen. Der anwesende Parteivorsitzende korrigierte die Genossin lediglich, dass man Reiche im Arbeitslager mit nützlicher Arbeit beschäftigen solle. Der Proteststurm blieb aus. Es gab keine Rücktrittsforderungen an Riexinger, keinen Parteiausschluss. Selbst der Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, der in aller Offenheit gefordert hat, dass man Parlamente, solange man sie nicht abschaffen kann, als Bühne zur Propagierung der eigenen Ideologie und zum Abfassen von Staatsknete benutzen solle, bleibt selbstverständlich weiter beschäftigt und nicht mal mehr die Union findet solche Statements verstörend. Die werden nur noch in den Sozialen Medien problematisiert.

Dagegen hat die AfD wegen ihres Pressesprechers, der in einem privaten Gespräch, das illegal abgehört wurde, etwas von Erschießungen gesagt hat, allerdings nicht der Reichen, sondern der falschen Personengruppe, sofort die Konsequenzen gezogen und den Mann ohne Wenn und Aber gefeuert. Trotzdem gilt die Linke, die Erschießungswünsche in ihren Reihen duldet, als demokratischer Partner und die AfD, die das nicht tut, als Gefahr für die Demokratie.

Wie hat die SED es überhaupt in den Bundestag geschafft? Der Coup ist heute fast vergessen, deshalb erinnere ich noch einmal daran. Die 16 Prozent, die von der SED-PDS bei den Volkskammerwahlen 1990 erzielt wurden, hätten lange nicht gereicht, um die Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen 1990 zu überspringen. Deshalb wandte sich Gregor Gysi an Bärbel Bohley und andere Mitglieder des Neuen Forums und legte ihnen dar, dass die Fünf-Prozent-Hürde eine Benachteiligung der neu gegründeten Parteien darstellen würde. Das Neue Forum zog mit Gysi als Anwalt vor das Verfassungsgericht und setzte durch, dass die erste gemeinsame Bundestagswahl in zwei getrennten Wahlgebieten stattfinden würde. Die Folgen waren gravierend. Im Osten übersprang Bündnis 90/Grüne die 5 Prozent, im Westen scheiterten die Grünen daran. Als Kollateralnutznießerin zog auch die SED-PDS mit einer Gruppe in den

Bundestag ein.

Der neue „antifaschistische Schutzwall“

Es sind schwarze Tage für unsere Demokratie: Die SED-Erben reißen erfolgreich einen entscheidenden Pfeiler des Grundgesetzes ein – mit CDU-Hilfe.

Eine schöne Folge war, dass Berlin nicht nur die Hauptstadt, sondern auch der Regierungssitz des vereinten Deutschlands wurde. Wenn die Westgrünen dabei gewesen wären, säßen Parlament und Regierung heute noch in Bonn.

Den ersten Bundestagswahlkampf hatte die SED-PDS übrigens „gegen rechts“ geführt. Auf einem Wahlplakat „Drei gegen rechts“ waren Gysi, Lothar Bisky und der später abtrünnige Wolfgang Berghofer zu sehen. Viel Zustimmung hat das der Partei nicht gebracht, sie bekam weniger Stimmen als bei der Volkskammerwahl, aber es war der Beginn einer erfolgreichen Etablierung des Antifaschismus als heutige Staatsräson.

In den folgenden Jahren konnte die SED-PDS immer auf ihre willigen Helfer in den Medien zählen. So wie heute die täglichen Corona-Infektionszahlen in die Köpfe der Menschen gehämmert werden, ohne sie einzuordnen, d.h. dazu zu sagen, dass diese Zahlen nichts über die Erkrankungen aussagen, sondern vor allem ein Ergebnis ausgiebiger Tests sind, wurden die Wahlerfolge der SED-PDS in den neuen Ländern hochgeschrieben. Verschwiegen wurde, dass die Partei niemals wieder so viele Stimmen bekam, wie bei der Volkskammerwahl 1990, sondern davon profitierte, dass die Wahlbeteiligung stetig abnahm, was die erzielten Prozente automatisch erhöhte.

Ausdehnung in den Westen

Es gab drei Ausnahmen von dieser Regel. Die erste war die Berliner Abgeordnetenhauswahl von 2001, bei der Gregor Gysi als Spitzenkandidat antrat mit dem Ziel, Wirtschaftssenator zu werden. Da stiegen die Zahlen zwar nicht in den Ost- dafür aber in den Westbezirken. Die zweite Ausnahme war die Vereinigung mit der „Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“. Da schenkte der damalige Vorsitzende Oskar Lafontaine der SED-PDS als Morgengabe etwas, dass sie aus eigener Kraft nicht geschafft hatte: Die Ausdehnung in den Westen. Vergessen ist ja auch, dass die SED-PDS es 2002 nicht mehr in den Bundestag geschafft hatte und nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten, Petra Pau und Gesine Löttsch, vertreten war. Dank der WASG und den Weststimmen klappte es 2005 wieder.

Die dritte Ausnahme ist Thüringen, wo es Bodo Ramelow geschafft hat, als fast bürgerlicher Konsens-Kandidat zu erscheinen. Wie sehr das ein Trugbild ist, zeigt, dass seine Fraktionsvorsitzende Hennig-Wellso der linksextremistischen Antikapitalistischen Linken nahe steht. Demnächst werden sie und ihre hessische Genossin, die sogar einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Gruppierung angehörte, die neuen Parteivorsitzenden werden. Die SED-Linke muss dennoch nicht befürchten, dass sie dafür aus dem Kreis der Demokraten ausgeschlossen werden würde.

Linksradikalismus oder -extremismus ist längst kein Hinderungsgrund mehr. Der Blick unserer Eliten ist so stramm nach rechts gerichtet, dass sie die gefährlichen Entwicklungen im Linksextremismus längst

nicht mehr wahrnehmen.

Der linkshändige Besen im Präsidialamt

Ups, er machte es machte es schon wieder: Die tendenziöse Darstellung Steinmeiers allein der rechtsextremen Gefahr - heute zum Jahrestag des Oktoberfest-Attentats 1980 - folgt einem zutiefst unanständigen politischen Kalkül!

Mehr noch: der Gesellschaft ist mehrheitlich das Gefühl dafür abhanden gekommen, dass es in einer funktionierenden Demokratie neben einer demokratischen Linken eine demokratische Rechte geben muss, um die Balance zu halten. Die Funktion einer demokratischen Rechten hat jahrzehntelang die Union erfüllt. Das hat die alte Bundesrepublik zum Erfolgsmodell gemacht. Seit unter der Vorsitzenden Merkel die CDU zu einer weiteren links-grünen Partei mutierte, ist die demokratische Balance abhanden gekommen. Merkels anfangs als genial angesehene Strategie, den linken Parteien die Themen wegzunehmen, hat zu der fatalen Konsequenz geführt, dass radikale bis extremistische Forderungen umgesetzt werden.

Anfang der 90er Jahre, als Claudia Roth auf einem grünen Parteitag ihre Forderung nach offenen Grenzen erhob, wurde sie von den Realos um Joschka Fischer für verrückt erklärt. Heute haben wir dank Angela Merkel eben diese offenen Grenzen.

Als es 1998 zur Bildung einer Rot-Grünen Bundesregierung kam, wurde der Atomausstieg mit Augenmaß beschlossen. Unter Merkel kam es zum Blitzausstieg und als die Forderung nach Abschaltung aller Kohlekraftwerke stärker wurde, hat die Regierung Merkel den Kohleausstieg beschlossen.

Dekonstruktion der Wirtschaft

Noch ist die wirtschaftliche Stärke, die Deutschland dank der Agenda 2010 aufbauen konnte, nicht ganz aufgebraucht, aber die Corona-Maßnahmen haben bereits zur Dekonstruktion der Wirtschaft beigetragen. Das wird im Augenblick noch notdürftig durch staatliche Hilfsprogramme verdeckt, wird demnächst aber nicht mehr zu verbergen sein. Die Dekonstruktion der Wirtschaft erfolgt auch durch immer radikalere grüne Forderungen, wie das Dieserverbot, das Verbrennerverbot, dem sich jetzt sogar der bayrische Ministerpräsident angeschlossen hat. Vor unseren Augen wird die erfolgreiche Marktwirtschaft in eine Kommandowirtschaft umgewandelt. Die Lehre aus der Geschichte, dass Kommando-Wirtschaften nicht funktionieren, wurde anscheinend vergessen.

Das unheimlichste an dieser Entwicklung ist das Schweigen der Mehrheit. Mit dem, was der Liedermacher Wolf Biermann in der DDR verzweifelt „Schafsgeduld“ genannt hat, lässt sich die Bevölkerung jetzt sogar Masken aufzwingen, von denen auch heute schon jeder wissen kann, dass sie nicht schützen, sondern sogar schaden. Eines Tages, wenn die medizinischen Folgen nicht mehr zu leugnen sein werden, wird niemand die Verantwortung dafür übernehmen.

Im 30. Jahr der Vereinigung ist Deutschland vereint, aber tief gespalten. Die Spaltung an sich ist dabei nicht das Problem, denn eine Gesellschaft ist kein Einzeller, sondern besteht aus vielen Individuen mit unterschiedlichsten Meinungen und Ansichten, die selbstverständlich Gruppen oder Fraktionen bilden.

Das Problem ist, dass diejenigen, die sich als Mainstream verstehen, nicht mehr mit Andersdenkenden reden wollen, dass nicht nur Meinungen, sondern auch Menschen aus der Gemeinschaft derer ausgegrenzt werden, die sich für die einzig Anständigen halten.

Joseph Marie de Maistre, der französische Philosoph der Gegenaufklärung hat gesagt, dass jedes Volk die Regierung habe, die es verdient. In der Demokratie trifft das auf jeden Fall zu, denn da wird die Regierung gewählt. Der Beweis, dass die wiedervereinigten Deutschen eine bessere Regierung verdient haben, steht noch aus. Alles, was wir tun können, ist darauf hinarbeiten. Die Friedliche Revolution 1989 hat bewiesen, dass es möglich ist, ein scheinbar unüberwindliches, bis an die Zähne atomar bewaffnetes System in die Knie zu zwingen. Was damals möglich war, sollte heute auch gelingen.

Dieser Text von vera Lengfeld erschien zuerst auf www.reitschuster.de .

Unser großer Tag der Freiheit: Alles hängt mit allem zusammen

Heute feiern wir den Tag der Deutschen Einheit. Ich weiß noch, wie dieser Abend war, als Journalist auf der großen Presstribüne vor dem Reichstag. Menschen und schwarz-rot-goldene Fahnen so weit das Auge reichte, der Klang der Freiheitsglocke, vom Schöneberger Rathaus aus live übertragen. Kennen Sie die Geschichte dieser Glocke?

US-General Lucius D. Clay, der „Vater der Berliner Luftbrücke“, hatte 1950 in den Vereinigten Staaten eine große Spendenaktion initiiert. Zahlreiche Amerikaner - unser Kriegsgegner wenige Jahre zuvor - spendeten Geld, um den Berlinern ein Symbol der Freiheit als Zeichen der Solidarität mit der Stadt schenken zu können - und als Zeichen der Freiheit als Gegenmodell gegen die kommunistische Wahnsinnsideologie, die im sowjetischen Machtraum zu beobachten war.

Freiheit, dieses überragende Leitmotiv für uns zu denken und zu leben, das Leitmotiv, das wir alle in unserem Herzen tragen sollten, das aber bei vielen in den Hintergrund getreten ist gegenüber dem Glauben an die Allmacht des Staates und die irriige Annahme, dass Kollektivismus und Gleichmacherei die Lösung sein könnten, die den Menschen Sicherheit bringt. In Wahrheit versklavt und bevormundet sie die Menschen, macht sie abhängig von einem Staat, der angeblich besser weiß, was gut für uns ist.

Die Berliner Freiheitsglocke trägt als Inschrift den Satz *“That this world under God shall have a new birth of freedom.”* Übersetzt: „Möge diese Welt mit Gottes Hilfe eine Wiedergeburt der Freiheit erleben.“ Zur Zeit sieht es wahrlich nicht danach aus...

Auch heute noch, wenn ich an die Stunden vor dem Reichstag am 3. Oktober 1990 denke, wo ich

gemeinsam mit einem Kollegen – Kopfhörer auf und Mikro in der Hand – live für zwölf private Radiosender überall in Deutschland über ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung berichten durfte, bekomme ich Gänsehaut. Spüre ich den Schauer damals noch beim Anblick der Bürger und des Fahnenmeeres, beim Klang der Freiheitsglocke, beim Aufziehender der gewaltigen Fahne vor dem Reichstag und dem Singen „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“, das wir wie auch manche andere auf der Pressetribüne mit anstimmten.

Der 30. Jahrestag der Vollendung der Deutschen Einheit ist nicht irgendein Gedenktag, den man halt absolviert oder auch nicht. Es ist unser großer Tag der Freiheit. Und wir sollten diesen Tag würdevoll begehen, wir sollten ihn zu einem Tag der Bürger machen und nicht nur den Honoratioren überlassen. Wir sollten unsere Fahne aus einem Fenster hängen, denn das darf man nicht nur, wenn Fußball-„Sommermärchen“ ist.

Wir sollten an die Deutschen auf den Straßen von Leipzig, Dresden und überall in der DDR im Wendejahr 1989 denken, die mit ihrem unglaublichen Mut und Kerzen in den Händen so viel für uns Deutsche insgesamt, für unser Land getan haben. Wir sollten heute auch an die 985 Menschen denken, die ihren Versuch, den SED-Staat zu verlassen, mit dem Leben bezahlten. Angefangen von Ida Siekmann, die sich im Alter von 58 Jahren beim Sprung aus ihrer Wohnung in der Bernauer Straße so schwer verletzte, dass sie kurz darauf verstarb. Und an Peter Fechtner, einen 18-jährigen, der am 17. August 1962 von DDR-Grenzern bei einem Fluchtversuch an der Mauer angeschossen wurde. Der schwer verletzte Junge verblutete vor den Augen einer sich schnell versammelnden großen Menschenmenge, weil die uniformierten Schergen des SED-Regimes ärztliche Hilfe eine ganze Stunde lang verhinderten. (Foto) Und denken wir heute, ja beten wir, auch für Chris Gueffroy und Winfrid Freudenberg, die beiden letzten Mauertoten, die noch im Februar und März 1989 dem mörderischen kommunistischen System auf deutschem Boden zum Opfer fielen.

Denken wir schließlich auch an einige herausragende Politiker, die zur richtigen Zeit das Richtige getan haben. Allen voran *Michail Sergejewitsch Gorbatschow*, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsident der Sowjetunion. Ohne seine Politik der Perestroika und Glasnost wäre der unblutige Weg zur Deutschen Einheit nicht vorstellbar gewesen. Ohne die entschlossene Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und den NATO-Doppelbeschluss, hätte Gorbatschow diesen steinigen Weg wohl auch nicht beschritten. Und vergessen wir nicht, dass es der erste Bush war, der sich 1990 als US-Präsident ohne Wenn und Aber öffentlich hinter den Wunsch der Deutschen gestellt hat, wieder zu einem Staat zusammenzuwachsen.

Denken wir an Bundeskanzler Helmut Kohl, der beherzt zugriff, als der „Mantel der Geschichte wehte“. Der Margret Thatcher so lange zum Saumagen-Essen nötigte, bis sie ihren Widerstand gegen die deutsche Einheit aufgab. Und der mit Gorbatschow auf einer Steinmauer am Rhein darüber philosophierte, dass sich Geschichte – wie ein Fluß – immer einen Weg bahnen wird. Und der mit Jelzin in der Sauna und beim Wodka das Unmögliche aushandelte.

Denken wir heute an den Mann mit dem gelben Pullover, den phantastischen Außenminister Hans-

Dietrich Genscher, und seinen historischen [Auftritt](#) auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag. Was hätte Heiko Maas damals wohl getan?

Und denken wir schließlich an den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Ostpolitik ich als 16-jähriger Jungunionist verachtete und bekämpfte, und den ich bis heute für seinen Mut und DEN Satz zur Deutschen Einheit überhaupt bewunderte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört!“

Es kostet viel Mühe und Engagement, mit anständigem Journalismus gegen den Mainstream zu schwimmen. Und es kostet Geld. Wenn SIE in der Lage und willens dazu sind, meine Arbeit auf diesem Blog zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über [PAYPAL hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22

Wir sind Deutsche, und das ist auch gut so

Doch plötzlich ist es schon zehn nach elf

Und sie sagt: „Ey, du musst ja spätestens um zwölf wieder drüben sein“

Sonst gibt's die größten Nervereien

Denn du hast ja nur 'n Tagesschein“

Udo Lindenberg in seinem Lied vom Mädchen aus Ost-Berlin. Ja, so war das damals. Tagesschein und Zwangsumtausch. Die Existenz der DDR war einer von zwei Gründen, warum ich im Alter von 16 Jahren beschloss, mich politisch zu engagieren. Eine Mauer quer durch unser Land, eine Trennlinie, an der scharf geschossen wurde auf die, die es nicht mehr aushielten im Arbeiter- und Bauernstaat, die zu ihren Familien nach drüben wollten, ein bisschen Wohlstand ergattern, so wie die Landsleute im Westen, deren Wirtschaftswunder man allabendlich heimlich im verwackelten Westfernsehen bestaunte.

Was haben Ostdeutsche alles unternommen, um rauszukommen aus dem SED-Staat, versteckt im Kofferraum, Tunnel gebuddelt, aus Stoffbahnen einen Heißluftballon geschneidert, gestartet, abgestürzt, wieder Stoff gekauft, noch einmal versucht...diesmal erfolgreich. Unglaubliche Geschichten, die zu recht sogar Hollywood faszinierten.

Der Platz hier reicht nicht ansatzweise aus, um alle Gedanken aufzuschreiben, die mich mit der Teilung und der DDR verbinden. Dabei hatte ich keine Verwandten „drüben“, schickte zu Weihnachten keine Pakete mit Kaffee und Damenstrümpfen. An wen denn auch?

Aber sie übte eine schaurige Faszination auf mich aus, diese DDR, die doch Deutschland war wie der Westteil, in dem ich zufällig geboren wurde und leben durfte, ohne selbst etwas dafür geleistet zu haben. Bis 1989 war ich nie „drüben“, nur die regelmäßigen Autofahrten auf den Transitautobahnen waren ein Mini-Kontakt. Die ungehobelten Grenzer, die uns mit kleinen Schikanen nervten („Fahren Sie einen Meter bis zu der Linie zurück und warten Sie, bis sie eine Zeichen bekommen...“), waren dann der Grund, warum ich irgendwann auf PanAm umstieg, um von Bremen mit einer 48-sitzigen Propellermaschine Montags nach Tempelhof und Freitags wieder zurückzufliegen. Ich arbeitete damals

bei Berlins erstem privaten Rundfunksender *Hundert,6*, ein Feindsender, wie man das in Ost-Berlin zu recht sah.

Wir verbreiteten nicht nur gute Laune in der geteilten Stadt, wir berichteten auch so, als gäbe es die DDR gar nicht. Die Nachrichtenredaktion war angewiesen, niemals „DDR“ zu sagen, sondern „der andere Teil Deutschlands“, niemals „Transitstrecken“, sondern immer „die Autobahnen ins übrige Bundesgebiet“ und der stündliche Verkehrsbericht listete die Staus in Charlottenburg und Zehlendorf einfach neben denen aus Lichtenberg und Pankow auf. Herrlich, eine wunderbare Zeit mit der besten Redaktion in der Stadt damals. Mein Boss damals übrigens ein „Ossi“, der im Kofferraum eines Autos geflohen war, dann erst beim RIAS arbeitete, bevor er beim „CDU-Funk“ anheuerte. Dieser Sender war für ihn auch ein Stück weit die Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte.

Es gäbe noch viel zu erzählen über die Zeit der Wende, stundenlang. Über einen meiner ersten Reportageeinsätze im November 1989 auf dem Alex, wo überall Gruppen von Menschen standen und heiß diskutieren, wie es jetzt weitergehen soll. Ich holte ein paar O-Töne ein und schickte einen Beitrag zum Sender in der Paulsborner Straße. Dann mischte ich mich ins Getümmel, um einem SED-Fan lautstark zu widersprechen, der den Umstehenden erzählte, nun begänne die Verelendung in der schönen DDR, weil im Westen ja alle arm und unterdrückt seien. Ich bekam mehrfach offenen Beifall von Ost-Berlinern, die hören wollten, das es auch eine andere Sicht auf die Dinge geben könnte.

Ich könnte noch erzählen von Carmen, einer wunderbaren Kollegin aus Ost-Berlin, die morgens einen einminütigen, wirklich belanglosen, Nachrichtenbeitrag versammelt hatte und abends eine Stunde vor meinem Büro im Halbdunklen saß, um mich dann anzusprechen und in Tränen auszubrechen, weil sie dachte, sie würde nun gefeuert. Oder mein erster Tag 1993 als Chefredakteur des privatisierten Berliner Rundfunks. Elf Wessis, die jedes Klischee erfüllten (Cabrios, Ray Ban Sonnenbrillen, fast alle CDU-Wähler) trafen auf 20 Ossis, alle in Leipzig studiert, unterirdische Begräbnis-Stimmung. Einer hatte zur Begrüßung einen Artikel ans Schwarze Brett gehängt, dass Kelle zwei Jahre Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen war. Alles klar, jetzt kommt da ein Scheiß-Wessi von der CDU und entlässt uns alle. Natürlich entließ ich keinen, half noch heimlich, dass ein Betriebsrat gegründet werden konnte, mahnte auch die Ost-Kollegin nicht ab, die aus dem Sender-WC heimlich massenweise Klopapier rausschleppte für zu Hause (die erste Pandemie drohte wohl). Es dauerte ganze sechs Monate, bis sich der erste „Ossi“ mit seinem Tablett mittags in der Kantine an unseren „Wessi-Tisch“ setzte und das Eis brach.

Meine Assistentin Simone aus Ost-Berlin, die mir erzählte, dass kein Mensch mehr den Sozialismus oder die DDR zurückhaben wolle, ihr aber die Musik von früher fehlt, die nicht mehr im Radio gespielt werde. Über K., die in einem ansonsten leeren halb verfallenen Mietshaus wohnte und mich zum Abendessen einlud, um danach bei flackerndem Kerzenlicht aufzustehen und ihr Talent als Opernsängerin unter Beweis zu stellen. Ein unvergesslicher Abend. Oder die junge Frau aus Ost-Berlin, die in der Nacht des 9. November 1989 mit ihrem Motorrad in der Nähe des Brandenburger Tors liegenblieb und uns ansprach. Wir konnten helfen und sie bedankte sich und fragte: „Seid Ihr eigentlich alle im Westen so nett?“ Ich antwortete wahrheitsgemäß: „Nein, leider nicht.“

Heute veröffentlicht die Berliner Zeitung ein großes Interview mit dem letzten DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel (DSU). Ich empfehle Ihnen allen, es zu lesen [hier](#)

Dann verstehen Sie, warum viele unserer Landsleute in Ostdeutschland unzufrieden mit der Entwicklung in den vergangenen 30 Jahren sind. Und nebenbei, dass Diestel den Einheitskanzler Helmut Kohl bis

heute bewundert („Ich schätze ihn als ganz klugen Kopf, der uns schräge Osis mochte.“), und warum er als Melker so gut war. Diestel sagt:

„Es gibt unter den 200 deutschen Botschaftern und den 500 Generälen nicht einen einzigen Ostdeutschen. Von 84 Universitäten und Hochschulen in Deutschland wird nicht eine von Ostdeutschen geleitet. In den ostdeutschen Landeshauptstädten kommen 90 Prozent aller Staatssekretäre, Abteilungsleiter, Hauptabteilungsleiter aus dem Westen, fast 100 Prozent sind es in Brandenburg. Nicht ein einziger Ostdeutscher ist in den Alt-Bundesländern Staatssekretär, Hauptabteilungsleiter, Minister. Wir haben fünf Oberlandesgerichte, die mit Altbundesdeutschen besetzt sind. Das ist verfassungswidrig.“
Wer will da widersprechen?

Es ist nicht alles prima, die Mentalitäten zwischen Ost- und Westdeutschen sind auch 30 Jahre nach Vollendung der Deutschen Einheit sehr unterschiedlich. Aber zusammen sind wir schon eine Mannschaft, die sich sehen lassen kann. Ich werde übermorgen vor unserem Haus eine Fahne aufziehen und eine Flasche Rotkäppchen-Sekt öffnen. Zeit meines Lebens habe ich mir gewünscht, dass Deutschland wieder ein Land wird. Politisch sind wir das, in den Köpfen vieler leider immer noch nicht. Aber auch nach 30 Jahren empfinde ich persönlich die Einheit unseres Vaterlandes als ein echtes Geschenk. So viele Freunde habe ich, haben wir, in Westdeutschland ebenso wie in Ostdeutschland. Und es ist völlig wurscht, woher jemand kommt. Wir sind Deutsche, und das ist auch gut so.

Alternative Medien wie dieser Blog sind immens wichtig für die Meinungsbildung der Bevölkerung in diesem Land. Aber unsere Arbeit kostet viel Geld. Wenn SIE in der Lage und willens dazu sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Unausgewogen und überflüssig: Anne Will

Die Staatssendeanstalt ARD hat sich gestern Abend mit ihrer Talkshow Anne Will wieder einmal für jeden erkennbar als überflüssig erwiesen. Nur Talkgäste, die zu Moria einer Meinung sind – im Gegensatz zu großen Teilen der deutschen Bevölkerung. Niemand, der gegen die Ausnahme von Flüchtlingen aus dem selbst angezündeten Lager auf Lesbos argumentieren durfte. Niemand, nicht einer, sondern alles nur die Einheitssoße. Ich habe mich jahrelang gegen solche Vergleiche gewehrt, aber was in den Öffentlich-Rechtlichen abläuft, ist Fernsehen wie in der DDR, nur mit besseren Kostümen der Moderatorin.

Meine arbeit hier mit diesem Blog dient dem Ziel, die Bevölkerung über den politischen Irrsinn in Deutschland zu informieren. Das ist nur mit IHRER HILFE möglich. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Arbeiteraufstand in der DDR 1953: Eine Million gegen die Diktatur

Haben Sie es bemerkt? Heute war ein Feiertag, einer der wenigen wirklich wichtigen in Deutschland. Die meisten der großen Medien erinnerten pflichtschuldigst, aber erkennbar ohne jeden journalistischen Elan, an die dramatischen Ereignisse am 17. Juni 1953 in der DDR.

Aus einem spontanen Protest der Arbeiter in Betrieben Ost-Berlins gegen die von den SED-Machthabern angeordnete Erhöhung der Arbeitsnorm bei gleichbleibendem niedrigen Lohn, erwuchs innerhalb von Stunden eine Welle, die den gesamten Osten Deutschlands erfasste. In 701 Städten und Gemeinden in der DDR erhoben sich mehr als eine Million Menschen, Betriebe wurden bestreikt, die Auflösung der Volkspolizei gefordert. Die Oberbonzen Ulbricht und Grotewohl flohen – na, wohin schon – zu ihren russischen Freunden ins Hauptquartier der Sowjets in Berlin-Karlshorst.

Schnell wurden Forderungen nach freien Gewerkschaften und nach Absetzung der SED-Machthaber laut. Zwei Jugendliche kletterten aufs Brandenburger Tor, um die dort wehende rote Fahne der Kommunisten unter dem Jubel einer großen Menschenmenge herunterzufreißen. Während der massiven Proteste wurden dann auch Sprechchöre laut, die die Wiedervereinigung der zerrissenen Teile unseres Vaterlandes forderten

Eine deutsche Sternstunde – die Arbeiter machten den Anfang und dann stand die Bevölkerung auf, um das Joch der Diktatur abzuschütteln. Anders als zunächst bei der Maueröffnung Jahrzehnte später übrigens, war die spontane Begeisterung und Sympathie für die Menschen in Ostdeutschland groß. Auch im Westen versammelten sich überall Bürger, um ihre Solidarität mit den Landsleuten in Ostdeutschland zu zeigen. Wenige Tage nach dem Aufstand in der DDR redete Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im freien Westteil von Berlin und sagte: „...da wir dieser, unserer Toten gedenken. Der Toten, die ihr Blut dahingaben für die Freiheit. Deren Blut von brutalen und grausamen Machthabern vergossen wurde, um ihre tyrannische Herrschaft aufrechtzuerhalten.“

Ja, es gab sie damals, die CDU mit einem klaren politischen Kompass, die gleiche Partei, die heute einen vom Volk abgewählten Ministerpräsidenten Ramelow im Amt hält und eine linksextreme Gegnerin unseres freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Systems zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern wählt. Einfach nur ekelhaft, diese Prinzipienlosigkeit der Partei Adenbauers und Kohls, die jetzt zu einer Partei Merkels geworden ist.

55 Ostdeutsche wurden beim Volksaufstand getötet und Hunderte verletzt. Etwa 15.000 wurden inhaftiert, 18 Demonstranten standrechtlich erschossen. Sowjetische Militärtribunale (SMT) und DDR-Gerichte verurteilten eine große Zahl angeblicher Rädelsführer. Bis Januar 1954 ergingen allein durch DDR-Gerichte 1.524 Zuchthausurteile und zwei Todesstrafen. Die Zahl der SMT-Urteile war deutlich

höher.

Allein hätte der SED-Staat den 17. Juni 1953 keine 48 Stunden überlebt. Aber da waren ja noch die „Freunde“ aus Russland, die sowjetische Besatzungsmacht, die mit ihren Panzern den Freiheitswillen der Deutschen im Osten brutal rücksichtslos niederwalzte. Alleine diese historische Tatsache – von der Berlin-Blockade will ich gar nicht anfangen – macht mich fassungslos, wenn ich heute die Geschichtstvergangenheit mancher Landsleute höre, die von einer Achse „Berlin-Moskau“ träumen und dem transatlantischen Bündnis lebewohl sagen wollen. Sie haben nichts gelernt und nichts begriffen. Geschichte wiederholt sich irgendwann wohl doch....

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

13. August, 13. August...da war doch was

Frank-Walter Steinmeier hat was gesagt, und ich bin froh, dass er gesund und munter ist. Immerhin ist er mein Staatsoberhaupt, und ich habe gar nichts von ihm gehört, als jüngst in Voerde eine junge Mutter von einem Migrant vor einen Regionalzug gestoßen wurde und starb. Oder als ein achtjähriger Junge wenige Tage später in Frankfurt von einem Migrant vor einen ICE gestoßen wurde und vor den Augen seiner Mutter starb. Sicher erinnern Sie sich noch an den Tag. Da fuhr Bundeskanzlerin Merkel gerade in Sommerurlaub. Und Frank-Walter Steinmeier war auch nicht zu hören, als in Stuttgart ein Migrant mit einem Samurai-Messer auf offener Straße am hellichten Tag einen anderen jungen Migrant vor vielen Zeugen mit Smartphone-Kameras zu Tode metzelte, wie man es vorher nur in „Kill Bill“ gesehen hatte.

Doch jetzt hat sich der Bundespräsident kraftvoll und mutig in die Öffentlichkeit zurückgemeldet. Er warf der AfD vor, die Wende in der DDR zu „instrumentalisieren“, denn bei der Revolution 1989 sei es nicht um Abschottung sondern um offene Grenzen gegangen, sagt unser Staatsoberhaupt. Nur hat er leider vergessen, dass es da um Menschen ging, die raus wollten und bei der Fluchtbewegung unserer Zeit um Menschen, die rein wollen. Ein kleiner aber entscheidender Unterschied, den er kennen sollte.

Am heutigen Tag im Jahr 1961 – einem Sonntag – riegelte das SED-Regime die Sektorengrenze in Berlin ab um den andauernden Aderlass von Fachkräften in den Westen zu stoppen. Mehr als 10.000 Volks- und Grenzpolizisten, unterstützt von einigen tausend Mitgliedern der sogenannten Kampfgruppen rissen am frühen Morgen in Berlin das Straßenpflaster auf, errichteten aus Asphaltstücken und Pflastersteinen

Barrikaden, ramnten Betonpfähle ein und verlegten Stacheldraht. Sie riegelten die Sektorenübergänge ab. Der Verkehr der S- und U-Bahnlagen durch den Ostteil Berlins wurde dauerhaft unterbrochen. Dann begann der Mauerbau, der unser Vaterland für 28 Jahre teilen und Hunderte Todesopfer fordern sollte.

Wie viele unserer jungen Leute wohl wissen, was es mit dem 13. August auf sich hat? Und was die DDR nochmal war...

Lasst den Leuten doch ein kleines bisschen Freiheit!

Zum 20. Jahrestag der demokratisch legitimierten Machtübernahme Putins in Russland, wollen wir nicht versäumen, von hier aus einen Glückwunsch an den Kreml-Chef zu senden. Die Bundesregierung gratuliert auch jedem, außer unserem wichtigsten Verbündeten, versteht sich.

Viele Tausend Russen (und Russinen) haben gestern in Moskau demonstriert – nicht gegen etwas, sondern für etwas. Für freie Wahlen, in vielen Ländern der Welt etwas Selbstverständliches. Kandidaten und Programme konkurrieren darum, was das Beste für ihre Bürger ist. Und die entscheiden dann in einer freien, gleichen und geheimen Wahl.

Das gibt es auch in Putins Russland, nur dass es da noch eine kleine Vorbehaltsklausel gibt. Kandidaten, die der herrschenden Klasse offen widersprechen, werden einfach nicht zugelassen. Und alle, die der Herrschenden Klasse zu Diensten sind oder sein wollen, verbunden mit Privilegien, ordentlichem Gehalt und Dienstwagen, dürfen kandidieren. Ganz frei. Nun, es gibt wirklich auch Schlimmeres. Putin hat auch schon Leute, die seiner Macht gefährlich werden könnten, für zehn Jahre ins Straflager sperren lassen. So wie Michail Chodorkowski. Immerhin wurde diesem Gnadengesuch 2013 entsprochen, und heute lebt er in London. Da ist aber bekanntermaßen Polonium verbreitet.... Also vorsichtig sein, Michail!

Ich treffe in jüngster Zeit immer wieder Menschen, die man in der Bewertung von Putin ernstnehmen kann und sogar muss. Die sagen mir: Ja, Russland kann man nicht mit unseren westlichen Gesellschaften vergleichen. Die meisten Russen mögen ihn, mögen, dass er sein Land zurück auf die Weltbühne führt und ihnen Futter für ihren nationalen Stolz gibt.

Putin hat eine Mehrheit hinter sich, davon bin ich überzeugt. Aber warum lässt er die Leute nicht in Ruhe demonstrieren? Warum lässt er gestern in Moskau willkürlich friedliche Demonstranten, alte Leute, junge Familien mit Kindern, nicht einfach demonstrieren? Sondern lässt sie festnehmen und einsperren?

Ich habe mich das schon gefragt, als es die DDR noch gab. Im Juni 1988 trat der amerikansche Pop-

Superstar Michael Jackson vor dem Reichstag vor 50.000 Zuschauern auf. Mehrere Tausend Jugendliche aus Ost-Berlin versammelten sich am Brandenburger Tor in der Hoffnung, dass die Musik zu ihnen herüberwehte und sie eine große Party feiern könnten. Letztlich war wenig zu hören oder nur sehr dünn. Aber Mielkes Schlägertrupps marschierten dennoch auf und trieben die jungen Bürger mit Knüppeleinsatz auseinander. Es gab 30 Festnahmen. Bei einem Konzert von Bryan Adams hatte es in Ostberlin vorher schon mal solche Szenen gegeben - mit noch mehr Festnahmen.

Warum haben Despoten solche Angst vor Kultur? Warum lassen sie den Leuten nicht einfach ihren Spaß oder - wie jetzt in Moskau - dieses kleine Stückchen Freiheit? Ich werde das nie verstehen, denn durch solches Vorgehen wächst der Druck im Kessel erst richtig.